

## **Das HiBs-Team informiert: Radwege im ehemaligen Regierungsbezirk Braunschweig**

Das Thema Radwegebau bewegt Gemüter und wird seit Jahren in den verschiedensten Gremien behandelt. Was die Radwegequote an Landes- und Bundesstraßen anbelangt, gehört der ehemalige Regierungsbezirk Braunschweig im Vergleich zu anderen Regionen zu den benachteiligten Gebieten in Niedersachsen. Genau das muss sich ändern. Deshalb fand am 28. November unter Einladung von Frank Oesterhelweg und auch im Namen von Landrätin Christina Steinbrügge (WF) sowie Landrat Dr. Andreas Ebel (GF) eine Veranstaltung mit Staatssekretär Dr. Bernd Lindner (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung) zu Radwegen an Landstraßen statt.

Radwege haben eine enorme Wichtigkeit in Bezug auf Anbindung und Umwelt und sind entsprechend bedeutsam für die Entwicklung der Region. Allerdings gehört die Region Braunschweig in Sachen Radwege zu den benachteiligten Gebieten, wobei es hierfür nur

wenige sachlich-fachliche Gründe gibt. Deshalb diente die Gesprächsrunde der Diskussion folgender vier Themen: dem Ungleichgewicht bzw. der Ungleichverteilung an Radwegen, der fehlenden Vernetzung, Gemeinschaftsradwegen und der Bereitschaft der Landkreise, in die Radwege-Pläne einzusteigen.



Um die landesweit zahlreichen Forderungen nach neuen Radwegen handhaben zu können, wurde das „Radwegekonzept 2016 an Landesstraßen“ gegründet, welches die zahlreichen Wünsche aufgreift und Prioritäten setzt. Das Ziel dieses Konzeptes ist die Verbesserung des Radwegeausbaus in der Re-

gion. Insgesamt umfasst das Radwegekonzept 144 Projekte mit einer Länge von 461 km, die es in den nächsten Jahren zu realisieren gilt. Allerdings funktioniert das Thema Radwege nur, wenn die Infrastruktur auch ordentlich ausgebaut ist. Vor allem eine Vernetzung der Radwege sei äußerst wichtig, darüber sind sich die Gesprächsteilnehmer einig. Ebenso kann es nur eine erfolgreiche Planung geben, wenn das kommunale Umfeld mit in den Blick genommen wird und die Landkreise mit einbezogen und nach ihrer eigenen Prioritätenreihung der gewünschten Netzergänzungen gefragt werden.

Am Ende der Veranstaltung wurde der Wunsch nach einer Sonderfinanzausstattung für die Region Braunschweig laut. Doch hierfür müsse erst einmal ein Modellprojekt für die Priorisierung benachteiligter Landkreise her. In einem Punkt sind sich alle Beteiligten zum Schluss jedoch einig: Die Verfahren müssen schlanker realisiert werden! So betont Landtags-Vizepräsident Frank Oesterhelweg, dass es ihm ein großes Anliegen sei, auch etwas einzubringen und in die Fraktion zu tragen.

## Schünemann bei der CDU-Podiumsveranstaltung zum neuen Polizeigesetz in Wolfsburg

Die CDU-Kreisvorsitzende Angelika Jahns und der Geschäftsführer der Wolfsburger CDU-Ratsfraktion, Christoph-Michael Molnar, begrüßten am 28. November in einer Podiumsdiskussion des CDU-Kreisverbandes Wolfsburg im Föhrenkrug fünf Experten, die beruflich oder ehrenamtlich mit dem Sektor Sicherheit betraut sind. So sprach der CDU-Landtagsabgeordnete und ehemalige Innenminister Uwe Schünemann auf der von Molnar geleiteten Podiumsdiskussion der Union über das von der rot-schwarzen Koalition vorgelegte niedersächsische Polizeigesetz.



„Wir brauchen einen Staatsvertrag aller Bundesländer über Mindeststandards der polizeilichen Befugnisse“, erklärte der CDU-Politiker im Rahmen der Veranstaltung. Damit könne erreicht werden, dass die Länder-Polizei effektiver und auf gemeinsamer gesetzlicher Grundlage arbeiten und zusammenwirken könne. Jedes Bundesland könne zugleich selbst entscheiden, wie weit die Möglichkeiten der Polizei dabei gehen.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, Meldeaufgaben zu verschärfen, das Aufenthaltsgebiet zu beschränken, elektronische Fußfesseln anzulegen, Verstöße dagegen als Straftaten zu verfolgen sowie stufenweise bis 74 Tage Haft zu verhängen – und zwar, um mögliche Straftaten zu verhindern, nicht zu ahnden. Zudem sollen die Überwachungsmöglichkeiten von Kommunikationsmitteln über Smartphone und Internet erhöht werden. Schönemann begründet das neue Gesetz damit, dass islamistischer Terror schon im Vorfeld verhindert werden müsse. Zugleich sollen „Polizisten und Rettungskräfte vor gewalttätigen Übergriffen geschützt werden“. Für die Großdemonstrationen, die Kritik der FDP, Grünen und der niedersächsischen Datenschutzbeauftragten

Barbara Thiel zeigte Schönemann kein Verständnis. So monierte Thiel, die vorgeschlagenen Regelungen würden die Freiheitsrechte der Bürger bis zur Unkenntlichkeit beschneiden. Ebenso hält sie den Einsatz von Bodycams für verfassungswidrig. Schönemann hielt jedoch klar dagegen, dass die Aufzeichnungen der Bodycams direkt wieder gelöscht würden, wenn sich der Verdacht nicht bestätigt. Außerdem würden die Überwachten darüber nach Abschluss der Maßnahme in Kenntnis gesetzt. Während der Veranstaltung blieben kritische Fragen aus dem Publikum aus. Dafür erhielten die Befürworter auf dem Podium jede Menge Beifall für ihre Statements.

### **Thomas Ehbrecht zur Entwicklung der Wolfspopulation in Bund und Land**



Die dauerhafte Wiederansiedlung des Wolfes in Deutschland ist und bleibt ein heiß diskutiertes Thema. In Niedersachsen leben schätzungsweise 200 bis 250 der bundesweit 1300 vorkommenden Wölfe. Damit ist Niedersachsen zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg das Bundesland mit den bundesweit größten Wolfsbeständen.



Der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht, der selber Funktionsträger in der Jägerschaft Duderstadt und aktives Mitglied der Landesjägerschaft Niedersachsen ist, sieht sich aufgrund der Entwicklungszahlen der Wolfspopulation in Bund und Land in seiner langjährigen Überzeugung bestätigt, dass ein aktives Wolfsmanagement essenziell für ein friedliches Nebeneinander von Mensch und Tier ist. Die unkontrollierte Vermehrung einer

Art, die hierzulande keine natürlichen Feinde hat, kann mittelfristig zu einer ernstzunehmenden Bedrohung für ein friedliches Zusammenleben von Mensch und Tier werden. „Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Politik hier einerseits praktikable Lösungsvorschläge erarbeitet und andererseits den Spagat schafft, zwischen der Sicherheit der Menschen und der Möglichkeit einer dauerhaften Ansiedlung einer Tierart, die noch bis vor zwei Jahrzehnten als ausgerottet galt“, so Ehbrecht. Darüber hinaus müsse es die Aufgabe der Jäger sein, den Bestand der Wölfe im Land zu regulieren und insbesondere verhaltensauffällige Tiere und jene Wölfe, die ihre natürliche Scheu vor dem Menschen verloren haben, aus dem Bestand zu entnehmen. „Deshalb ist es von größter Bedeutung, dass der Wolf ins Jagdrecht übernommen wird“, betont der Landtagsabgeordnete. Insbesondere wichtig sei auch die aktive Einbindung von Weidetierhaltern und Naturschutzverbänden in jeden Schritt der politischen Planung. Die Politik müsse dann zu guter Letzt einen Weg finden, wie der Wolf auch in Zukunft neben dem Menschen in Deutschland einen Platz finden kann, ohne als eine dauerhafte

Gefahr empfunden zu werden. „Ich bin der festen Überzeugung, dass uns dies gelingen kann“, verkündet der CDU-Politiker zuversichtlich.

### **Besuch der neuen Geburtshilfeklinik in Helmstedt**

Die CDU-Landtagsabgeordnete Veronika Koch durfte kurz vor der offiziellen Eröffnung der neuen Gynäkologie und Geburtshilfe bereits einen Blick in die renovierten Räumlichkeiten des Helios St. Marienberg Klinikums werfen. Dort hatte sie auch die Möglichkeit, ein Gespräch mit dem Klinik-Geschäftsführer Matthias Hahn zu führen, der betonte, dass insgesamt 1,68 Millionen Euro von Helios in die neue Geburtsstation mit Kreißsälen nach neuestem Standard investiert worden seien. Matthias Hahn führte die Landtagsabgeordnete gemeinsam mit Pflegedirektorin Aline Preibisch durch die neu gestaltete Abteilung im ersten Obergeschoss des St. Marienberg Krankenhauses. Zusammen mit den ansprechenden Familienzimmern sei eine Wohlfühl-atmosphäre auf der Entbindungsstation entstanden, erklärte Pflegedirektorin Aline Preibisch bei der Vorstellung der renovierten

Räumlichkeiten. „Ich bin mir sicher, dass diese erneuerte Station viele Familien dazu einladen wird, ihr Kind in Helmstedt zu entbinden. Auch werdende Väter können sich hier richtig wohl fühlen“, zeigte sich Veronika Koch nach dem Zugang zuversichtlich.



### **Christoph Plett zu Besuch in der Peiner Krankenpflegeschule**

Der Peiner CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Plett stattete in Begleitung seines Kollegen Thomas Adasch, CDU-Abgeordneter aus Celle, dem Klinikum Peine einen Besuch ab. Erster Schwerpunkt des Besuchs war die Krankenpflegeschule, die mit vier vollen Lehrstellen gleichzeitig 60 Schülerinnen und Schüler ausbildet. Die Ausbildung dauert insgesamt drei Jahre. Leiterin Friederike

Jürgens-Hermsdorf betonte, dass es momentan besonders wichtig sei, eigene Kräfte auszubilden, da diese dann mit den Abläufen in der Klinik von Beginn an bestens vertraut seien. Darüber hinaus finde man in der derzeitigen Situation kaum fertig ausgebildete Pflegekräfte am Markt. Gerade vor diesem Hintergrund sei es besonders wichtig, auch in die Krankenpflegeschule am Klinikum Peine zu investieren. Jedoch sei nicht nur die Sanierung der nicht mehr den modernen Ansprüchen genügenden Räumlichkeiten wichtig, sondern auch die Digitalisierung muss Einzug halten, um die Ausbildung so an die technischen Entwicklungen anzupassen.



Im Anschluss an das Gespräch erhielten die beiden Abgeordneten einen Rundgang über das Klinik-Gelände, bei dem sie unter anderem von AKH-Vorstand Dr. Martin Windmann

(Zweiter von links) und dem Ärztlichen Direktor Professor Dr. Christian Eckmann (Dritter von links) begleitet wurden. Den CDU-Abgeordneten ist dabei relativ schnell klargeworden, „dass die einzelnen Stationen und Bereiche des Klinikums in sehr unterschiedlichen Zuständen sind“. Ebenso lässt Christoph Plett verlauten: „Hier im Klinikum Peine wurde durch die AKH-Gruppe in die Zukunft investiert. Der neue Bereich des Kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes liegt nun genau neben der Notaufnahme – sehr praktisch. Auch die Endoskopie mit ihrer topmodernen Medizintechnik ist hervorzuheben.“ Ebenso seien die vier neuen OP-Säle, die in absehbarer Zeit gebaut werden, ein weiterer Schritt für eine moderne Patientenbetreuung.

### **Frank Oesterhelweg im Gespräch mit Behindertenbeiräten**

Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg traf sich zu einem Informations- und Meinungsaustausch mit Mitgliedern der Behindertenbeiräte aus Landkreis und Stadt Wolfenbüttel. Ebenso mit dabei waren die CDU-Kreistagsabgeordneten Elke Großer und Heike Kanter. Einleitend ging es um einige

sozialpolitische Aktivitäten der Union wie beispielsweise die Soziale Sprechstunde, die kostenfreie Ausleihe einer Rollstuhllampe, die Tour zur Barrierefreiheit und die Berufung eines Behindertenbeauftragten der CDU. Der Vorsitzende der beiden Beiräte, Thomas Hornig, schilderte gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen die alltäglichen Probleme von Menschen mit eingeschränktem Bewegungsapparat. Ebenso wurde die steigende Zahl der Personen mit Sehbehinderungen thematisiert, für die vor allem gut sichtbare Bodenkennzeichnungen, markierte Pöller und Beschriftungen in erkennbarer und größerer Ausprägung dringend notwendig seien. Darüber hinaus wurde über die Bereitstellung behindertengerechter Toiletten im öffentlichen Raum, aber auch in privaten Unternehmen, diskutiert. „Damit wir nicht nur reden, sondern damit auch etwas passiert“, so Frank Oesterhelweg, wurden folgende Aktionen verabredet: Der Abgeordnete wird mit Betroffenen weitere Touren zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum unternehmen und Hinweise für Verwaltungen sammeln. Gleichzeitig sollen aber auch Unternehmen ausgezeichnet werden, die durch barrierefreie Zugänge und

die Bereitstellung barrierefreier Toiletten einen Beitrag für Menschen mit Behinderungen leisten.



Hierzu erklärt Oesterhelweg: „Wir wollen keine Politik mit dem erhobenen Zeigefinger machen und etwa Unternehmen anprangern, sondern diejenigen positiv hervorheben, die aus eigenem Antrieb etwas tun und sich für Menschen mit Behinderungen engagieren“. Zum Schluss lud der Abgeordnete die Beiräte in den Niedersächsischen Landtag ein, um dort mit den Mitgliedern einen Rundgang durchs Haus zu machen. „Mal sehen, ob meine Gäste im Landtag noch Dinge entdecken, die beim Umbau des Parlaments unerledigt blieben – vielleicht gibt es noch Verbesserungsvorschläge“, bemerkt Frank Oesterhelweg.

## Aufbruchsstimmung bei der JU – Fusion der Kreisverbände Hildesheim-Stadt und Hildesheim-Land

Der CDU-Landtagsabgeordneten Laura Rebuschat ist es gelungen, die Kreisverbände der Jungen Union (JU) Hildesheim-Stadt und Hildesheim-Land zu vereinen.



Mit 316 Mitgliedern ist der Kreisverband Junge Union Hildesheim jetzt der zweitgrößte in Südniedersachsen. Schon alleine deswegen sei die Fusion ein richtiger und wichtiger Schritt, findet Laura Rebuschat, die von der Gründungsversammlung zur Vorsitzenden der JU Hildesheim gewählt wurde. Seit Jahren war die Fusion im Gespräch. Inhaltlich und organisatorisch war die Doppelung ohnehin wenig nützlich. Viele Mitglieder sind sowohl in der Stadt als auch auf dem Land zu Hause,

arbeiten hier, wohnen da und andersherum. Die Trennung war zeitraubend. „Das hat uns nicht weitergebracht“, betont die Abgeordnete. So war es, seit sie vor etwa einem Jahr den Vorsitz der städtischen JU übernahm, ihr Ziel, den aktiveren Hildesheim-Stadt mit dem größeren Hildesheim-Land zusammenzuführen. „Nur so haben wir eine stärkere Stimme, gewinnen mehr Einfluss“, betont Rebuschat. Ziel sei es jetzt, die Mitglieder stärker zu vernetzen. „Wir erwarten, dass das Thema Mitgliederstruktur aktiv angegangen wird“, erklärt Rebuschat. Die CDU solle zwar auch, aber nicht mehr überwiegend 61 Jahre alt und männlich sein. „Wer Volkspartei sein will, muss sich mehr für jüngere Menschen und Frauen öffnen, auch interessant für sie sein“, sagt die Politikerin. Zudem will die JU dem „Ansehensverlust von Politik und Parteien“ mit „verständlicher und offener“ Kommunikation entgegentreten. „Konservativ 1968 ist nicht konservativ 2012“, merkt der Kreisverband an. Eine andere Sprache müsse her: „Kein Verwaltungskauderwelsch, sondern Klartext“. Darüber hinaus will die JU Digitalisierung und Klimaschutz, Einwanderung nach Qualifikation und Schutz von Verfolgten,

Generationengerechtigkeit und Unternehmerfreundlichkeit als Kern der CDU wissen. Ihre eigene Rolle beschreibt Laura Rebuschat als „Moderatorin des Übergangs“. Denn eigentlich gehöre das Amt in jüngere Hände und an jemanden ohne Landtagsmandat, findet die Abgeordnete. „Dann ist man freier in seinen Worten und im Handeln.“

### **Der Braunschweiger Einzelhandel auf dem Smartphone**

Die App ‚Einkaufshelden‘ ist die Antwort des Braunschweiger Einzelhandels auf den weiterhin wachsenden Onlinehandel. Die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages Karl-Heinz Bley, Veronika Koch, Christoph Plett und Oliver Schatta ließen sich die App und das Konzept in Braunschweig durch den Mitbegründer und Vorsitzenden des Arbeitskreises Innenstadt Braunschweig, Olaf Jaeschke, detailliert vorstellen. „Mit Einkaufshelden erleben wir einen neuen Angebot-Nachfrage-Dialog zwischen Händlern und Kunden. Jeder, der online einkauft, nutzt auch die Messenger zum Chatten, da ist es nur konsequent, sich bereits von unterwegs durch den Fachhändler

per Messenger-Chat beraten zu lassen“, meint Oliver Schatta.



Am sympathischsten findet Schatta, dass er die Produkte noch am gleichen Tag vor Ort abholen kann. Das Einkaufshelden-Konzept basiert auf Forschungsergebnissen der TU Braunschweig. Die Plattform soll dazu beitragen, den stationären Handel am digitalen Wandel teilhaben zu lassen, die Vielfalt des Einzelhandels zu erhalten und die Innenstädte attraktiver zu gestalten. Getestet wurde Einkaufshelden bisher in den Städten Braunschweig und Peine. Auf Basis der positiven Resonanz soll das Angebot auf weitere Städte in Niedersachsen ausgeweitet werden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.einkaufshelden.de](http://www.einkaufshelden.de).

## Aktuelles aus dem Dezember-Plenum

**Christoph Plett zum Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbandes „Großraum Braunschweig“**



„Wie auch die kommunalen Spitzenverbände halten wir eine Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht zielführend. Solange keine neue Kommunalstruktur auch für die Braunschweiger Region erarbeitet worden ist, ist die Stärkung des Verbandes durch eine Direktwahl der Mitglieder nicht notwendig. Eine Direktwahl ist nur dann erforderlich, wenn der Regionalverband weitere Kompetenzen erhält.“

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung: Wird die Lernmethode „Lesen durch Schreiben“ („Schreiben nach Gehör“) kritisch überprüft oder abgeschafft?**

Im vergangenen Dezember-Plenum hat der CDU-Landtagsabgeordnete gemeinsam mit den „HiBs-Abgeordneten“ Thomas Ehbrecht, Veronika Koch, Frank Oesterhelweg, Laura Rebuschat und Oliver Schatta eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zu der umstrittenen Lernmethode „Lesen durch Schreiben“, besser bekannt als „Schreiben nach Gehör“, gestellt. „Ziel der Anfrage ist, dass diese Methode in den Grundschulen nicht mehr angewandt wird“, erklärt der Peiner CDU-Abgeordnete Plett. Nach Lehre des reformpädagogischen Ansatzes sollen Grundschulkinder anfangs so schreiben, wie sie sprechen – also etwa „Fata, Mutta, Kinnt“. Korrigiert werden sie bis zur dritten Klasse nicht. Erst danach müssen sie die richtige Rechtschreibung erlernen. Im Gegensatz dazu erlernen die Kinder bei der Fibel-Methode ab der ersten Klasse Buchstaben und Wörter schrittweise und rechtschreibkonform. Eine Studie der Bonner

Psychologin Una Röhr-Sendlmeier kam zu dem Ergebnis, dass Kinder, die mit der Lernmethode „Lesen durch Schreiben“ unterrichtet wurden, am Ende der vierten Klasse 55 Prozent mehr Rechtschreibfehler machen als Kinder, die mit der Methode der Rechtschreibfibel schreiben lernen. Diese Ergebnisse führen zu einer Diskussion darüber, ob die Methode des „Schreibens nach Gehör“ noch Anwendung finden sollte. Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Christoph Plett entgegnet: „Dafür hätte es keine Studie gebraucht, das sagt einem schon die ganz praktische Lebenserfahrung“. „Den Kindern erst die falsche Schreibweise beibringen, um diese dann in späteren Jahren zu korrigieren – das kann einfach nicht richtig sein“, betont er weiterhin. Die Abgeordneten haben kein Verständnis für diese Schreiblern-Methode, da sie die Kinder nur verwirre und zu schlechten Ergebnissen führe. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund sei diese Methode überhaupt nicht geeignet. Auch der Deutsche Lehrerverband spricht sich nach Angabe der Abgeordneten bundesweit für ein Verbot dieser Schreiblern-Methode aus. In der Kleinen Anfrage wollen die

Christdemokraten nun wissen, wie die Landesregierung die Ergebnisse der Studie einschätzt und ob es eventuell bereits Pläne gibt, die Lernmethode abzuschaffen.

**Das HiBs-Team wünscht ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesegnetes Jahr 2019!**





Ausgabe 12/2018

### Terminvorschau – eine Auswahl

**Mo 17.12.2018 | 08:15 | Hildesheim | Laura Rebuschat**

Theater für Niedersachsen (TfN) – 40.000 Theatermitarbeitende treffen ihre Abgeordneten

**Mo 17.12.2018 | 18:30 | Wolfenbüttel | Frank Oesterhelweg**

Besuch des Weihnachtsmarktes Wolfenbüttel mit Mitgliedern der Jungen Union

**Di 18.12.2018 | 09:00 | Braunlage | Frank Oesterhelweg**

Runder Tisch zur „Zukunft des Waldes im Harz“ im Kurgastzentrum in Braunlage und auf dem Wurmberg

**Mi 19.12.2018 | 14:30 | Friedland | Thomas Ehbrecht**

Weihnachtsfeier der Gemeinde Friedland mit Besuch des Heimkehrerdenkmals, Heimkehrerstraße 18, 37133 Friedland

**Do 10.01.2019 | 19:00 | Sibbesse | Laura Rebuschat**

Neujahrsempfang der CDU Sibbesse mit Finanzminister Reinhold Hilbers

**Mi 16.01.2019 | 18:00 | Klein Ilsede | Christoph Plett**

Vortrag von Christoph Plett „Das christliche Menschenbild in der Politik“ bei der St. Urban Kirchengemeinde Klein Ilsede, Anmeldung über Rolf Büttner, 05171 53114

### HiBs im Niedersächsischen Landtag

#### Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag  
c/o Veronika Koch  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Amelie Sander  
Hannah-Arendt-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: 0511 3030-3215  
Mail: hibs@outlook.de

#### Die Abgeordneten des HiBs-Teams:

Thomas Ehbrecht  
Veronika Koch  
Frank Oesterhelweg  
Christoph Plett  
Laura Rebuschat  
Oliver Schatta  
Uwe Schünemann